

Keine Lohnkürzung für das Aargauer Staatspersonal.

Gewerkschaftlicher Widerstand hat sich ausbezahlt

Eine machtvolle Demonstration mit 5'000 Teilnehmenden hat für das Aargauer Staatspersonal positive Nachwirkungen. Eine Woche nach dem politischen Grossereignis schickte der Aargauer Grosse Rat die zweiprozentige Lohnkürzung bachab.

Wer gelegentlich behauptet, gewerkschaftliches Engagement bringe doch nichts, wurde für einmal eines Besseren belehrt. Eine Woche nach der Grossdemonstration des kantonalen Personals hat der Aargauer Grosse Rat bei der Beratung des Finanzpaketes 98 die vom Regierungsrat beantragte zweiprozentige Lohnreduktion für das Staatspersonal und die Lehrkräfte mit 101 gegen 90 Stimmen bachab geschickt. Der gewerkschaftliche Widerstand hat sich damit im eigentlichen Wortsinn ausbezahlt.

Auf Antrag der SP-Fraktion war die Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt worden. Dabei stimmten die Fraktionen der SP, CVP und der Grünen geschlossen sowie die EVP-/Landesring-Fraktion mehrheitlich gegen die Lohnreduktion. Ausschlaggebend für den knappen Entscheid waren zwei Gründe:

Zum einen hatte das Büro des Grossen Rates, gestützt auf einen Bundesgerichtsentscheid, den Lehrkräften erlaubt, mitzustimmen. Zum andern hatte die CVP mit einem Alternativvorschlag (Plafonierung des Personalaufwandes mit einem jährlichen Zuwachs von einem Prozent und gleichzeitiger Aufhebung der automatischen Zulagen für die nächsten drei Jahre) den Bürgerblock gespalten.

Widerstand lohnt sich

Wie auch immer: Mit Bestimmtheit anders ausgefallen wäre der Entscheid zweifellos ohne den entschiedenen Widerstand des Personals und ihrer Verbände. Das Parlament musste zur Kenntnis nehmen, dass das kantonale Personal nicht einfach eine Manövriermasse ist, mit der man machen kann, was man will. Dabei darf der VPOD für sich in Anspruch nehmen, einen wesentlichen Beitrag geleistet zu haben, damit sich der Widerstand überhaupt formiert hat und schliesslich einhellig von sämtlichen Staatspersonalverbänden unterstützt wurde. Auch die von der Gewerkschaft angeregte Petition „Hände weg von den Löhnen“, die von 20'163 Personen unterzeichnet wurde, hat das ihrige zum Erfolg beigetragen.

Arbeitsanerkennung

Der Verzicht auf die generelle Lohnkürzung dokumentiert die Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit in der Verwaltung, in den Spitälern, in den Schulen, bei der Polizei, in der Strafanstalt und in allen andern Dienstleistungsbereichen. Gewonnen ist allerdings erst eine Schlacht. Ob der Regierungsrat sich geschlagen gibt oder ob er die 115 Millionen Franken, die er zu Lasten des Personals einsparen will, dem Personal auf andere Art aus dem Sack zu ziehen versucht, wird sich erst nach den Sommerferien herausstellen.

Sepp Beck.

Der öffentliche Dienst, 9.7.1998.

Personen > Beck Sepp. Lohnkuerzungen. AG Kanton. OeD, 1998-07-09